

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntag- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Direktions- und Sparten-Verwaltung: Nr. 89 Markburger Bank e. G. m. b. H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg. Familien- und kleine Anzeigen . . . 8 Pfg. Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg. Postfachkonto Nr. 404 49 Amt Köln

Nummer 14

Zeitsprecher Nr. 1

Laasphe, Freitag den 17. Januar 1930

55. Jahrgang

Neues vom Tage.

Die Bürgermeister von München, Scharnagl und Dr. Rufner, überreichten in Berlin im Auftrage des Berliner Vertreters dem Reichspräsidenten von Hindenburg die Urkunde als Ehrenbürger der Stadt München.

Der Kommandant der französischen Flugzeugabteilung in Algier ist Mittwoch mit seiner Frau und seinem vierjährigen Sohn in einem Leichtflugzeug aufgestiegen, um die Wüste Sahara in der Luft zu durchqueren. Das Flugzeug hat einen Motor von 60 PS.

Der Chefredakteur einer kommunistischen Zeitung in Vonneg (Frankreich) wurde wegen Veröffentlichung eines Artikels, in dem er das Militär zum Ungehorsam aufreizte, verhaftet. Es ist dies bereits der achte Chefredakteur der gleichen Zeitung, der wegen der gleichen Angelegenheit, d. h. wegen Aufreizung des Militärs zum Ungehorsam verhaftet wird.

Der Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat bekannt, daß im Jahre 1929 nicht weniger als 20 500 Personen durch Autounfälle getötet wurden. Ungefähr die Hälfte dieser Zahl waren Fußgänger.

In Hollywood und anderen Städten Kaliforniens wurden mehrere harte Erdstöße verspürt. Die Bewohner wurden von einer Panik ergriffen und verließen fluchtartig ihre Häuser. Die Telefonleitungen wurden zum Teil unterbrochen. Im übrigen ist der Schaden gering. Wertvollerweise ist in Hollywood kein einziges Haus eingestürzt.

Von Woche zu Woche.

Von August.

Die Haager Reparationskonferenz steht vor dem Abschluß. Ihre Arbeiten sind sachlich beendet, es handelt sich nur noch um die juristische Formulierung der Beschlüsse. Nach mancherlei Schwierigkeiten hat man sich über die verschiedenen Differenzpunkte wirtschaftlicher und politischer Natur geeinigt. Die Ententestaaten haben nicht alle ihre Forderungen durchsetzen können — aber auch Deutschland hat in wesentlichen Dingen nachgeben müssen. So beispielsweise in der Frage des Zahlungstermines: hier wollte Deutschland, daß die monatlichen Reparationszahlungen zum Monatsende erfolgten, die Entente wollte den Monatsanfang. Bei den großen Summen, um die es sich jeweils handelt, bedeutet ein früherer Zahlungstermin eine zusätzliche Belastung für Deutschland von mehreren Millionen Mark im Jahr. Geeignet hat man sich schließlich auf die Monatsmitte als Zahlungstag. Durch die Haager Konferenz hat nun der neue Reparationsplan seine endgültige Form erhalten. Änderungen sind nicht mehr möglich. Die Regierungen haben ihn in seiner jetzigen Gestalt angenommen. Jetzt müssen noch die Parlamente seine Ratifizierung beschließen. Im Deutschen Reichstag wird es darüber lebhaft Auseinandersetzungen geben. Wie man sich auch zu den Einzelheiten des neuen Planes stellen mag, sicher ist, daß auch er immer wieder versuchte definitive Lösung des Reparationsproblems nicht bringen wird. Denn die Lasten, die der Deutschland auferlegt, können von dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft auf die Dauer einfach nicht getragen werden. So werden die Tatsachen sehr bald wieder eine Revision des Planes verlangen.

Eine gesonderte Betrachtung muß man der Haager Lösung des sogenannten Sanktionsproblems widmen. Herr Lachau, der französische Ministerpräsident, kam auf die Konferenz mit der Absicht, in den Young-Plan eine Bestimmung aufnehmen zu lassen, die Frankreich das Recht gibt, sofort wieder deutsches Gebiet zu besetzen, wenn Deutschland gegen Bestimmungen des neuen Planes verstößt. Bekanntlich enthält der Versailler Vertrag eine ähnliche Klausel. Die deutschen Delegierten haben von vornherein erklärt, daß eine solche Bestimmung für Deutschland unannehmbar ist. Frankreich hat demnach seinen Willen in der ursprünglichen Form nicht durchsetzen können. Aber etwas hat es doch erreicht. Das Haager Sitzungsprotokoll wird nämlich einen Anhang erhalten, der den sogenannten „äußersten Fall“ behandelt. Das ist der Fall, daß Deutschland durch seine Handlungen den Willen beweist, den Young-Plan zu „zerreißen“. Wenn das geschehen sollte, soll die Gläubigerseite den ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag anrufen, der diese „Zerreißung“ des Plans durch Deutschland feststellen muß. Ist diese Feststellung erfolgt, dann gewinnen die Gläubigermächte ihre völlige Handlungsfreiheit Deutschland gegenüber wieder. Obwohl diese Formel natürlich etwas ganz anderes ist als das, was Frankreich eigentlich wollte, ist sie eine keineswegs ideale Lösung des Problems. Aber sie war das Beste, was zu erreichen war. Im übrigen steht im Young-Plan selber nichts von Sanktionen; Verstoß gegen den Plan kommen vor einer internationalen Schiedsgericht. — Die deutsche Delegation hatte im Haag einen sehr schweren Stand. Der objektive Beurteiler wird ihr die Anerkennung nicht versagen können, daß sie sich gut gehalten hat. Nur daß die Differenzen zwischen den deutschen Ministern und dem deutschen Reichspräsidenten vor aller Welt ausgetragen wurden, machte einen schlechten Eindruck.

Bei dem großen Interesse, das die Haager Verhandlungen beanspruchten, ist die ordentliche Tagung des Völkerbundesrates in Genf dieses Mal weniger beachtet worden. Sie hatte auch keine weltbewegenden Fragen zu behandeln,

sondern nur minderwichtige Dinge und verlief daher ruhig und ohne Zwischenfall. Wichtig ist, daß in Genf zwischen dem deutschen Staatssekretär von Schubert, der dort den deutschen Außenminister vertrat, und dem polnischen Außenminister Zaleski die deutsch-polnischen Verhandlungen über das sogenannte Liquidationsabkommen fortgeführt worden sind. Das Abkommen will bekanntlich eine ganze Reihe von Schwierigkeiten, die noch zwischen Deutschland und Polen bestehen, aus dem Wege räumen. Die Verhandlungen sollen jetzt in Warschau zu Ende geführt werden.

Von größerer Bedeutung als die diesmaligen Verhandlungen in Genf wird die nun halb beginnende Londoner Flottenkonferenz sein. Ihre Vorgeschichte ist bekannt: der englischen Regierung wurde das Beitrittsverbot zwischen England und Amerika allmählich unheimlich, und der englische Ministerpräsident MacDonald reiste deshalb nach Amerika, um mit dem Präsidenten Hoover über eine Beschränkung der beiderseitigen Seemächte zu verhandeln. Das Ergebnis dieser Besprechungen war der Entschluß, auf Januar eine Konferenz der großen Seemächte — England, Frankreich, Italien, Vereinigte Staaten, Japan — nach London einzuberufen, um über eine allgemeine Rüstungsbeschränkung zur See zu sprechen und zu beschließen. Die Präliminarien zu der Konferenz waren aber nicht gerade ermutigend. In einem Notenwechsel mit England hat Frankreich erklärt, daß es von einer Rüstungsbeschränkung zur See nicht viel wissen wolle; man müßte das ganze Abrüstungsproblem, also die Abrüstung zu Land, Wasser und Luft gemeinsam behandeln. Das klingt sehr entschieden, bedeutet aber in Wirklichkeit nur eine weitere Verzögerung der ganzen Frage. Auch Mussolini hat sich über die bevorstehende Konferenz bereits geäußert und zwar so, daß er durch das maßgebende Presseorgan in Rom erklären ließ, Italien müsse darauf bestehen, daß es „als Recht habe, sich eine Flotte zuzulegen, die auch die der größten Seemacht — England! — ebenbürtig sei. Wenn es von diesem Recht in der Praxis nicht voll Gebrauch mache, so nur deshalb, weil es das wirtschaftlich nicht tragen könne.“

In Amerika erregt ein Bericht Aufmerksamkeit, den eine besondere Kommission über die „Trockenlegung“ der Vereinigten Staaten erstattet hat. In dem sehr umfangreichen Dokument wird angegeben, daß die Zahl der Ueberflutungen der Prohibitionsgebiete „erschreckend hoch“ sei. Ueber 80 000 Personen seien im letzten Jahr wegen Vergehens gegen diese Gesetze verurteilt worden. Jetzt will man noch schärfer vorgehen und das Abgeordnetenhaus hat nicht weniger als 35 Millionen Dollars für die Durchführung der neuen verschärften Vorschriften bewilligt. — Aus dem Fernen Osten kommt die Meldung, daß der Verkehr auf der russisch-mandschurischen Eisenbahn, der seit Ausbruch des russisch-chinesischen Konflikts unterbrochen war, jetzt wieder aufgenommen worden ist. Nicht ganz dazu passen will die weitere Nachricht, daß die chinesische Regierung sich weigert, an einer russisch-chinesischen Konferenz in Moskau, die die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen beschließen soll, teilzunehmen. In China selbst hat die Hungersnot, von der der Nordwesten des ungeheuren Landes heimgeheftet wird, entsetzlichen Umfang angenommen. Es sollen im letzten Jahr 2 Millionen Menschen verhungert sein.

Minderheitsfragen vor dem Völkerbund.

Eine polnische Blamage. — Die Polen entwerfen Deutsche. — Die Behandlung der Polen im deutschen Oberschlesien. — Die Minderheitenabteilung des Völkerbundssekretariats.

Polnische Beschwerden.

Der Völkerbundsrat in Genf behandelte eine Reihe von oberösterreichischen Minderheitenfragen, u. a. eine Eingabe vom 4. Juni des Bundes der Polen in Deutschland an den Rat, die behauptete, daß die polnische Minderheit in Deutsch-Oberschlesien der Möglichkeit beraubt sei, Grundstücke und Immobilien zu erwerben.

Der Rat konnte sich darauf beschränken, von der Erwiderung der deutschen Regierung Kenntnis zu nehmen und seiner Genehmigung Ausdruck zu geben, daß die deutsche Regierung die geeigneten Maßnahmen ergreifen habe.

Unterdrückung deutscher Minderheiten.

Der Rat beschäftigte sich ferner mit drei Angelegenheiten, die mit dem Anknüpfungsverein in Zusammenhang stehen. In allen drei Fällen, die vom Deutschen Volksbund dem Völkerbundsrat vorgelegt sind, handelt es sich um den Vorwurf der Ungefährlichkeit, d. h. gegen die Vorschriften der Genfer Konvention verstoßende Benachteiligung und Unterdrückung der deutschen Minderheiten zum Zwecke der Polonisierung des Anknüpfungsvereins. Da der Berichterstatter Abtatsch das umfangreiche Material bisher nicht prüfen konnte, wurde die Angelegenheit auf die nächste Tagung verschoben.

Der vierte deutsche Klagefall betraf die Entlassung des Gauer's Wiesner von der Grube Richter der Königs- und Laurahütte aus Wahlgründen. Die polnische Regierung hat in ihrer Erwiderung angegeben, daß gewisse Änderungen in den Behördenorganisationen eine Verzögerung mit sich gebracht hätten, daß aber die Entscheidung über die Angelegenheit im Wahljahr von 1928 unmittelbar bevorstehe. Der Rat beschloß

die Angelegenheit der gemischten Kommission zu überweisen. Zugleich hat der Rat die Erwartung ausgesprochen, daß die von der polnischen Regierung als unmittelbar bevorstehend angekündigte Entscheidung über die Wahlbeschwerde nun auch wirklich in kürzester Frist ergeht.

Schulfragen in Oberschlesien.

Gelegentlich der von Vertretern der deutschen und der polnischen Abordnung in Genf geführten Verhandlungen über oberösterreichische Schulfragen werden die Verträge fortgesetzt, zu einer Einigung in der noch immer nicht geklärten Angelegenheit der Sprachprüfungen oberösterreichischer Kinder zu gelangen. Es gilt, eine Formel zu finden, die es verhindert, daß polnische Kinder die Annahme der Kinder zu deutschen Schulen in unzulässiger Weise überwacht wird und die auch eine genügende Gewähr bietet, daß kein Mißbrauch mit derartigen Anmeldungen getrieben wird. Bekanntlich haben die Polen, ohne indes jemals einen Beweis zu erbringen, behauptet, daß namentlich Arbeiter polnischer Nationalität unter einem angeblichen Druck von deutschen Arbeitern und Verbänden gegen den eigenen Willen Kinder zur deutschen Schule angemeldet hätten.

Ein Einspruchsrecht der Polen gegen derartige Fälle wird man um so eher zugehen können, als damit am deutlichsten die Gegenstandslosigkeit der polnischen Beschwerde nachgewiesen werden wird. Offen bleibt dagegen die Gegenfrage, ob nicht gleichzeitig Vorbehalte getroffen werden müßten, um Sicherheiten gegen den immer wiederholten Druck polnischer Stellen gegenüber den Eltern deutscher Kinder zu schaffen.

Wechsel in der Leitung der Minderheitenabteilung des Völkerbundssekretariats.

Zur allgemeinen Ueberraschung ist der Leiter der Minderheitenabteilung des Völkerbundssekretariats, Aquirera de Zarco, von seinem Posten zurückgetreten. Sein Stellvertreter Alcerati (ebenfalls Spanier) ist darauf vom Rat zum Leiter der Minderheitenabteilung gewählt worden.

Die Haager Konferenz.

Die Einigung in der Sanktionsfrage.

Die Urkunde.

Die deutsche Abordnung veröffentlicht die endgültige Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über die Regelung der Sanktionsfrage. Die Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

Die Vertreter der belgischen, englischen, französischen, italienischen und japanischen Regierungen geben folgende Erklärung ab:

„Der neue Plan beruht auf dem Grundgedanken, daß die vollständige und endgültige Regelung der Reparationsfrage im gemeinsamen Interesse aller beteiligten Länder liegt und daß er die Zusammenarbeit aller dieser Länder erfordert. Ohne guten Willen und Vertrauen von beiden Seiten würde das Ziel des Planes nicht erreicht werden.“

In diesem Sinne haben die Gläubigerregierungen in dem Schlußprotokoll die feierliche Verpflichtung der deutschen Regierung, die festgesetzten Annuitäten gemäß den Bestimmungen des neuen Planes zu zahlen, als die Garantie für die Ausführung ihrer Verbindlichkeiten angenommen. Sie sind der Ueberzeugung, daß selbst in dem Fall, wo die Ausführung des neuen Planes Meinungsverschiedenheiten oder Schwierigkeiten hervorrufen sollte, die in dem Plan selbst vorgesehenen Verfahrensarten ausreichen, um sie zu beseitigen.

Aus diesem Grunde sieht das Schlußprotokoll vor, daß unter dem Regime des neuen Planes die Befugnisse der Gläubigermächte sich nach den Bestimmungen dieses Planes begrenzen. Es bleibt indes ein Fall übrig, der außerhalb des Rahmens der heute unterzeichneten Vereinbarungen steht. Die Gläubigerregierungen sind gezwungen, dies zu erwägen, ohne daß sie damit die Absichten der deutschen Regierung in Zweifel ziehen wollen.

Sie halten es für unerlässlich, die Möglichkeit zu bedenken, daß in Zukunft eine deutsche Regierung sich entgegen der im Schlußprotokoll enthaltenen feierlichen Verpflichtungen zu Handlungen herbeilassen könnte, die ihren Willen beweisen, den neuen Plan zu zerreißen. Die Gläubigerregierungen haben die Pflicht, der deutschen Regierung zu erklären, daß, wenn ein solcher Fall eintrete, der das gemeinsam verfolgte Ziel von Grund aus erschüttern würde, eine neue Lage geschaffen wäre, der gegenüber die Gläubigerregierungen jetzt schon alle Rechtsvorbehalte machen müssen.

Aber selbst in diesem äußersten Falle sind die Gläubigerregierungen im Interesse des allgemeinen Friedens bemüht, bevor sie irgendeinen Schritt tun, zum Zwecke der Feststellung und Würdigung der Tatsache eine internationale Instanz anzurufen, deren Autorität unbestritten ist. Die Gläubigerregierungen oder die Gläubigerregierungen, die sich für beteiligt halten, würden dementsprechend den ständigen internationalen Gerichtshof in Haag mit der Frage befragen, ob die deutsche Regierung Handlungen vollzogen hat, die ihren Willen beweisen, den neuen Plan zu zerreißen.

Deutschland würde schon jetzt erklären, daß es im Falle einer bejahenden Entscheidung des Gerichtshofes es als berechtigt ansieht, daß die Gläubigerregierung oder die Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen, um die Ausführung der sich aus dem neuen Plan ergebenden Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes sicherzustellen.

Die Gläubigermächte sind überzeugt, daß der in Frage stehende Fall niemals eintreten wird. Sie sind sicher, daß die deutsche Regierung diese Überzeugung teilt, aber sie glauben, daß es für sie ein Gebot der Loyalität und eine Pflicht gegenüber ihren Ländern ist, die „vorstehende Erklärung für den Fall abzugeben, daß jene Möglichkeit sich doch verwirklichen sollte“.

Die Vertreter der deutschen Regierung gaben ihrerseits folgende Erklärung ab:

„Die deutsche Regierung nimmt Akt von der vorstehenden Erklärung der Gläubigerregierungen, wonach selbst in Fällen wo bei Ausführung des neuen Planes Meinungsverschiedenheiten oder Schwierigkeiten hervortreten sollten, die im Plan vorgezeichneten Verfahrensarten ausreichen, um sie zu beseitigen.“

Die Mobilisierungsfrage.

Der Kampf im Haag geht bei der Mobilisierungsfrage ausschließlich um die Sperrfrist.

Frankreich will der deutschen Regierung den Zugang zum internationalen Kapitalmarkt für eine möglichst lange Zeit versperren, um auf diese Weise die Unterbringung der deutschen Zahlungsbonds auf den internationalen Kapitalmarkt ungehindert durchführen zu können.

Die deutsche Regierung lehnt mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Lage und die Bedürfnisse des Staatshaushaltes, eine derartige Sperrfrist jedenfalls für längere Zeit grundsätzlich ab. Es wird als ausgeschlossen bezeichnet, daß die deutsche Regierung sich für längere Zeit verpflichtet, keinerlei Auslandsanleihen aufzunehmen, da nach der Lage des Staatshaushaltes die Möglichkeit einer Heranziehung des internationalen Kapitalmarktes unbedingt frei bleiben muß.

Die Moratoriumsfrage.

Ungeregelt ist noch die Moratoriumsfrage. Hier steht die juristische Formel des Young-Planes im scharfen Gegensatz zu den wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Die Bestimmungen des Young-Planes erfordern, daß nach Ablauf des Moratoriums Deutschland die aufgelaufenen Zahlungen nachzahlt. Hiermit würde Deutschland nicht nur die laufende Zahlung, sondern auch die aufgelaufene Zahlung auferlegt sein und damit die Wirkung des Moratoriums vernichtet werden.

Aus dieser Sachlage heraus versucht man nun einen Ausweg dadurch zu finden, daß der beratende Sonderausschuß des Young-Planes, der bekanntlich als die „erste Instanz“ im Falle eines deutschen Moratoriums anzusprechen ist, bei der Rückzahlung der durch das Moratorium aufgelaufenen Zahlungen die Wirtschaftslage Deutschlands berücksichtigen muß.

Keine Behandlung der Saarfrage.

Die Verhandlungen der Konferenz werden zur Zeit mit großer Beschleunigung weitergeführt, weil in allen Delegationen der Wunsch besteht, unter allen Umständen am Samstag zum Abschluß zu gelangen.

Feststehen dürfte, daß die Saarfragen auf der Haager Konferenz nicht zur Verhandlung kommen, obwohl die Ergebnisse der bisherigen deutsch-französischen Pariser Saarverhandlungen eine direkte Verständigung zwischen dem französischen und dem deutschen Außenminister über die grundsätzlichen Probleme der Saarfragen notwendig machen.

Die Londoner Flottenkonferenz.

Japan enttäuscht.

Die japanische Admiralität hat Anweisung an die an der Londoner Flottenkonferenz teilnehmenden japanischen Sachverständigen erteilt, sich vorläufig jeder Erörterung über Fragen, die sich auf Großkampfschiffe und Flugzeugmutterchiffe beziehen, zu enthalten, da in diesen beiden Punkten eine Verständigung zwischen England und Japan noch nicht erreicht wurde. In japanischen Flottenkreisen wird die Enttäuschung über den bisherigen Verlauf der Vorbereitungen mit der britischen Regierung nicht verborgen. Insbesondere beklagt man sich darüber, daß Japan bisher ein einwandfreies Zugeständnis für die Zulassung einer Kreuzerquote von 7:10 im Verhältnis zu Amerika und England nicht erreichen konnte.

Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Soll der deutsch-polnische Zollkrieg fortbestehen?

Der Sonderberichterstatter des „Kurier Poranny“ drahtet aus Genf, daß dort bereits gewisse Verhandlungen über den deutsch-polnischen Liquidationsvertrag stattgefunden hätten, wobei jedoch von irgendwelchen Zugeständnissen von der Seite Polens nicht die Rede gewesen sei. Man habe nur über die Klärung und Auslegung einzelner Punkte des Abkommens gesprochen, dessen Vortrags keine Abänderung erfahren werde. Der Vortrags des Vertrages solle bei seiner Uebersetzung an die Parlamente veröffentlicht werden.

In Bezug auf den kleinen deutsch-polnischen Handelsvertrag sei die Haltung der polnischen Abordnung völlig unverändert. Es bestehe die Möglichkeit, dem deutsch-polnischen Handelsvertrag entweder sofort abzuschließen oder die polnische Abordnung aufzuschieben. Es müsse endlich geklärt werden, ob der deutsch-polnische Zollkrieg fortbestehen solle oder ob die Lage geändert werde.

Die Unruhen in Worms.

Was die sowjetrussische Presse dazu sagt.

Wie aus Moskau gemeldet wird, nimmt die gesamte Sowjetpresse heute zu den letzten Unruhen in Worms Stellung. Die „Pravda“ erklärt, diese Vorgänge liefern den Beweis dafür, daß sich der soziale Kampf in Deutschland verschärft und daß die Deutsche Kommunistische Partei die Leitung des Kampfes gegen die Herrschaft des Bürgertums in Händen habe. Die Deutsche Kommunistische Partei besitze große Sympathie beim deutschen Proletariat und wisse, was sie wolle.

Die letzten Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Erwerbslosen könnten nicht nur als Zwischenfall, sondern als eine neue Periode in dem Freiheitskampf des deutschen Proletariats gegen das Bürgertum und die deutsche Sozialdemokratie angesehen werden. Die letzten Ereignisse hätten die Erweiterung des revolutionären Einflusses der Deutschen Kommunistischen Partei auf das deutsche Proletariat wieder gezeigt.

Politische Tageschau.

Der erste Transport der Deutschrussen nach Brasilien. Nach einer Meldung Berliner Blätter wurde am Donnerstag der erste Transport mit deutsch-russischen Auswanderern nach Brasilien in Hamburg eingeschifft. Es handelt sich um 190

Flüchtlinge, die zuerst im Lager Hammerstein untergebracht und kurz vor Weihnachten nach Wolln verlegt worden waren. Die Deutschrussen sollen im Staate Santa Catharina in der Nähe von Blumenau und Hammonia angesiedelt werden.

Das neue preussische Landwirtschaftsammengesetz. Der preussische Staatsrat beschäftigt sich mit dem Entwurf eines Landwirtschaftsammengesetzes, das nach der Erklärung des Berichterstatters als einschneidende Aenderung die Eingliederung der Arbeitnehmer in die Landwirtschaftstammengesetze bringe. Die Gesetze der Landwirtschaftstammer erforderten ein ganz besonderes Maß von Fachkenntnissen. Deshalb habe die Frage der Eingliederung der Arbeitnehmer ausführliche Erörterungen zur Folge gehabt. In der Aussprache gab der Vertreter der Arbeitgemeinschaft, Freiherr von Gahl, eine Erklärung ab, wonach gegen Entwurf im Hinblick auf die reichsgesetzliche Regelung dieser Materie erhebliche Bedenken bestünden. Die Arbeitgemeinschaft billige ihn nur insoweit, als er die Selbstverwaltung des landwirtschaftlichen Berufes stärke und erweitere. Seine Fraktion lasse sich davon leiten, daß sie nicht nur die Interessen der Landwirtschaft, sondern auch die der übrigen Berufsstände im Auge habe. Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wurde der Gesetzentwurf schließlich in der Ausschussfassung angenommen.

Aus Laasphe und Umgegend.

* Laasphe, 17. Januar. Am heutigen Freitag Abend hält der Landw. Ortsverein im Kurhaus eine Versammlung ab, zu der auch Nichtmitglieder freundlichst eingeladen sind. Neben der Vorführung des Films „Deutschland, du mein Vaterland“ spricht Herr Oberförster Parchmann über die Notwendigkeit der Aufforstung und andere forstwirtschaftliche Fragen. Der Beginn ist auf 7 1/2 Uhr festgesetzt.

* Laasphe, 17. Januar. Die Arbeiten an unserer Wasserleitung werden nach etwa viermonatiger Dauer in den nächsten Tagen beendet sein. Sie konnten im allgemeinen infolge der bisherigen, durchweg günstigen Witterung störungsfrei durchgeführt werden.

* Laasphe, 17. Januar. Die Lieferung der elektrischen Schullehrer für die neue Volksschule erhielt der Uhrmacher Hüster von hier.

* Laasphe, 17. Januar. (Sprechstunden der Berufsberatung.) Die Berufsberatungsstelle beim Arbeitsamt Siegen teilt uns mit, daß vom 1. Jan. 1930 an in Berleburg und Siegen die Sprechstunden wie folgt stattfinden: 1. In Siegen, Pfarrstr. 2, täglich von 8-12 Uhr vormittags, 2. in Berleburg, Bismarckstr. 5, Donnerstag von 3-5 Uhr nachmittags. Die Berufsberatungsstelle läßt ihre Tätigkeit unengstlich aus. Es wird gebeten, die Sprechstunden möglichst zahlreich in Anspruch zu nehmen.

* Laasphe, 17. Januar. Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Kosten, die dadurch entstehen, daß die Steuerbehörde einem Steuerpflichtigen, der mit einer Zahlung im Rückstand ist, eine Pfändungsurkunde zugehen läßt, hat der Steuerpflichtige zu tragen.

Erndtebericht, 17. Januar. Gestern feierte die Witwe W. Wörster (Schäfers), hier, ihren 81. Geburtstag bei bewundernswürdiger körperlicher Mäßigkeit und geistiger Frische. Noch immer ist sie unermüdet tätig und wenn ihre Angehörigen auf dem Felde oder sonst außer dem Hause beschäftigt sind, verrichtet sie noch alle vorkommenden häuslichen Arbeiten. Möge ihr noch ein recht langer und sorgloser Lebensabend im Kreise ihrer Kinder, Enkel und Urenkel beschieden sein. Das ist unser Wunsch, den wir der ehrwürdigen Alten mit dem stets freundlichen Blick an der Schwelle ihres 82. Lebensjahres noch nachträglich übermitteln.

Eibelshausen, 17. Jan. Die Eibelshäuserhütte hat ebenfalls Kurzarbeit eingeführt. Die Arbeiter verteilen sich auf je drei Tage in der Woche.

Arbeitsmarktbericht. Das Arbeitsamt Siegen berichtet über die Lage des Siegerländer Arbeitsmarktes für die Zeit vom 9. Januar bis zum 15. Januar 1930: Die Arbeitslosenstatistik weist für die vergangene Woche eine außerordentlich starke Zunahme der Arbeitslosigkeit im Siegerlande nach. In Wirklichkeit hat sich der Siegerländer Arbeitsmarkt jedoch nicht in dem Maße verschlechtert, wie nach den Arbeitslosenfiguren anzunehmen ist. Der Anstieg der Arbeitslosen um die Jahreswende erfolgt rudimentär und besonders stark. Infolgedessen konnten nicht alle Anträge sofort erledigt werden. Dies macht sich in der zweiten Januarwoche bemerkbar. Ein großer Teil aller neu hinzugekommenen Unterstützungsempfänger ist bereits vor Weihnachten arbeitslos geworden und hat seinen Antrag gestellt. Nur rund 350 Arbeitslose sind in der Berichtszeit auch tatsächlich arbeitslos geworden. Diese Zunahme hält sich durchaus in den Grenzen der vergangenen Wochen und ist geringer, als in den beiden letzten Dezemberwochen. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit, der erfahrungsgemäß Mitte Januar erreicht zu werden pflegt, ist in diesem Jahre auch im Siegerlande noch nicht überschritten. Einige Momente lassen die Lage des Arbeitsmarktes auch in den nächsten Wochen als unsicher erscheinen. Das sind besonders die unsichere Lage der Metallindustrie und die bevorstehende Entlassung einer größeren Anzahl von Angestellten und Arbeitern aus den Betrieben der Gewerkschaft Storch und Schöneberg A.G., über deren Schicksal jedoch noch nicht entschieden ist. Besondere Gefahren drohen dem Arbeitsmarkt in der kommenden Saison auch von der allgemeinen Kapitalknappheit. Die Kommunen haben ihr Bauprogramm wesentlich eingeschränkt, da sie nur über geringe Mittel verfügen. Die Ausichten für den baugeverlichen Arbeitsmarkt sind danach nicht besonders günstig. Es ist zu befürchten, daß infolgedessen der gewöhnlich vom Baugewerbe ausgehende Auftrieb in diesem Jahre verpöhtet einsehen wird. — Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger ist in der vergangenen Woche um 677, das ist 18,8 % gestiegen. Sie beträgt am Berichtstage 4276 (3599), das ist 18,7 (15,7) auf 1000 Einwohner. Dabon waren 1892, das ist 44,2 %, berufstätig arbeitslos. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung ist nur in geringem Maße gestiegen; sie beträgt 256 (249). Dagegen hat die Zahl der sonstigen Arbeitsuchenden infolge Ueberführung in die Arbeitslosenversicherung einen erheblichen Rückgang (um 408, das ist 24,5 %) erfahren. Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden ist um 280 gleich 5,0 % gestiegen und beträgt Mitte Januar 5865 (5585), das ist 25,9 (24,5) auf 1000 Einwohner.

Ein Wieseljahr? Für 1930 scheint ein Wieseljahr bevorzustehen, wenn man diesem kleinen, aber doch so großen Mörder nicht rechtzeitig zu Leibe geht. Von überall her kommen Nachrichten von einem zahlreichen Auftreten der Wiesel, und es sind schon viele Schäden in Hühner- und Taubenställen angerichtet worden. Das Wiesel wird nur etwa 15 Zentimeter lang. Das listige Raubtier, das außerordentlich flink ist, besitzt aber ein kräftiges Gebiß und kann, wenn es in größerer Zahl vereint ist, recht gefährlich und schädlich werden, da es äußerst blutgierig ist. Wiesel verfolgen nicht nur Mäuse, Ratten, Maulwürfe und Eidechsen, sondern auch Tauben, Hühner, Kaninchen und junge Hasen.

Der kaufmännische Stellenmarkt im Jahre 1929. Der Stellenmarkt für Kaufmannsgehilfen wurde 1929 von Rationalisierungsmaßnahmen weit stärker beeinflusst als 1928. Das brachte mit sich, daß die Kurve der Stellenmarktgleichung gegenüber derjenigen der Wirtschaftsentwicklung stark abfallend verlief. Das deutsche Wirtschaftsleben zeigte im allgemeinen eine beachtenswerte Widerstandsfähigkeit. Immerhin darf nicht verkannt werden, daß in einigen Zweigen der Wirtschaft ein stärkerer Beschäftigungsrückgang eingetreten ist, besonders in der Metallwirtschaft und in der Automobilindustrie. Beschäftigungsmangel und Rationalisierungsmaßnahmen bewirkten einerseits eine größere Zurückhaltung in der Erteilung von Befehlshaufträgen, andererseits eine starke Zunahme der Stellenlosigkeit. Im Verlaufe des Jahres waren Rindungen und Entlassungen besonders in der Eisen- und Metallindustrie, Schuhindustrie, Baubauindustrie, im Bergbau und bei einigen größeren Warenhäusern zu beobachten. Die Nachfrage nach Personal ging weiter zurück. Die Anforderungen erstreckten sich in der Hauptsache auf jüngere Kontoristen. Vielfach sind diese auch nur für eine mehrmonatige Hilfsleistung vorgesehen. Daneben machte sich stärkere Nachfrage nur für Buchhalter zum Jahresabschluß, für jüngere Verkaufssträße und für erfahrene Reisende bemerkbar.

Der Siegeszug der Zigarette. Seit dem Jahre 1924 war eine unaufhaltsame Steigerung des Tabakverbrauchs festzustellen. Die Steigerung beträgt bei Zigaretten 33 Prozent, bei Zigarren 44 Prozent und bei geschnittenem Tabak 14 Prozent. Immerhin hat der Zigarettenverbrauch trotz der aufsteigenden Kurve der Nachkriegszeit im Vergleich zu den Vorkriegsjahren einen Rückgang erfahren und zwar von 120 auf 105 Stück. Hingegen ist der Zigarettenverbrauch auf 500 Stück angewachsen, gegen 200 Stück in der Vorkriegszeit. Zu einem nicht unerheblichen Teile dürfte zu dieser gewaltigen Steigerung auch die zigarettenrauchende Weiblichkeit beigetragen haben.

Wetterlage und Wettervorhersage.

In den milden Luftmassen wurden wieder mehr als 8 Grad erreicht. Hinter einem von der Nordsee bis nach Frankreich sich erstreckenden Tiefdruckausläufer versuchen kühlere Luftmassen von den britischen Inseln auf das Festland vorzudringen. Gleichzeitig beginnt aus dem osteuropäischen Hoch Kaltluft westwärts zu fließen. Voraussichtliche Witterung: Etwas kühler und Strichregen.

Neueste Zahlen

aus der Krankenversicherung.

Die zunehmende Bedeutung, die der Sozialversicherung im Deutschen Reich beizulegen ist, ergibt sich am greifbarsten aus dem Zahlenbild. Nachstehend sollen aus den soeben veröffentlichten Zahlen des Jahres 1928 die wichtigsten wiederergegeben werden und zum Vergleich die der Jahre 1927 und 1926, alle für die reichsgesetzlichen Klassen, neben denen noch die Ersatzklassen mit etwa 1,3 Millionen Mitgliedern bestehen. (Für 1926 ist nur ein Teil der Zahlen ermittelt worden.)

	1928	1927	1926
Krankenkassen	7422	7459	7330
Mitglieder in Millionen	20,66	19,96	19,15
dabon männlich in Millionen	13,14	12,71	12,22
„ weiblich „	7,53	7,25	6,94
„ versicherungspflichtig in Millionen	18,52	17,08	17,28
„ freiwillig vers. in Mill.	2,14	1,96	1,87
Krankheitsfälle in Millionen	11,60	10,94	8,83
Krankheitsstage „	281,06	257,34	230,68
auf 1 Mitglied „	13,6	12,9	11,6
Wochenhilfefälle in 1000 „	810,81	776,09	805,28
Sterbefälle in 1000 „	221,46	208,30	200,23
Einnahmen in Millionen M.	1952,57	1680,94	1450,23
dabon Beiträge in Millionen M.	1913,82	1647,24	1418,44
Ausgaben in Millionen M.	1865,83	1579,83	1325,60
dav. f. Krankenhilfe in Mill. M.	1615,01	1366,17	1184,29
„ „ Wochenhilfe „ „	83,09	72,53	63,52
„ „ Sterbegeld „ „	21,30	17,76	15,30
„ „ Verwalt.-Kost. in Mill. M.	123,69	103,20	91,60
Ausgaben für Mit. Lieber:	1928	1927	1926
für ärztliche Behandl. in Mill. M.	276,23	247,19	—
„ Zahnbehandlung „ „	62,01	52,21	—
„ Arznei ufw. „ „	175,02	152,58	—
„ Krankenh.-Pflege „ „	209,55	182,69	—
„ Krankengeld „ „	628,42	545,46	—
insges. f. Krankenhilfe „	1412,33	1192,03	—
Ausgaben für Familienangehörige in Mill. M.	108,73	95,53	—
für ärztliche Behandl. in Mill. M.	12,76	10,13	—
„ Zahnbehandlung „ „	37,38	31,30	—
„ Krankenh.-Pflege „ „	42,55	36,18	—
insges. f. Krankenhilfe „	202,67	174,14	—
Zusatzbeiträge für Familienhilfe in Mill. M.	6,31	6,20	—
Reinvermögen „ „	701,11	606,18	490,61
darunter Grundbesitz „ „	176,30	142,52	116,64

Mit Rücksicht auf die häufig zu hörenden Klagen, daß die Höhe der Ratenbeiträge wesentlich beeinflusst werde durch die hohen Verwaltungskosten, die Errichtung teurer Verwaltungsgelände und überflüssige Kapitalaufspeicherung, sei noch folgende hervorgehoben: Im Jahre 1928 betrugen die Verwaltungskosten 6,6 v. H. (1927 6,5 v. H.), die Aufwendungen für Grundverwalt. wozu die Bautkosten gehören, 1,8 v. H., die Kapitalerhöhung 5,1 v. H., zusammen 13,5 v. H. der Ausgaben. (Bei einem großen Teil der Klassen sind in den letzten Jahren zu niedrige Beiträge erhoben worden. Infolgedessen konnten der Rücklage statt der vorgeschriebenen 95,4 nur 51,1 Millionen Mark [1927 statt 82,1 nur 66,8 Millionen Mark] zugeführt werden, und die Rücklage hat erst 24 v. H. der im Gesetz vorgeschriebenen Höhe durchschnitliche Jahresausgaben erreicht.)

Zum Schluß sei noch die Aufmerksamkeit gelenkt auf die zwar nicht unerheblich gestiegenen, aber noch immer nur einem Siebtel der Leistungen für Mitglieder ausmachenden Leistungen für Familienangehörige und den außerordentlich geringen Bruchteil, zu dem diese Leistungen durch Zusatzbeiträge gedeckt werden.

Mark

von Stud... der Philipp... folgende Er... kleine Gruppe... schaft, Kunst... Universität... dieses, eines... sehen unserer... Studentenschaft... unsere Rolle... Studenten die... geben wir h... öffentlich zu...

Siege

der noch... besitzer Sime... gestern seinen... leidenschaftlich... Tagen seinen... scheint überh... denn es leben... alter Bruder... in Allendorf.

Friede

immer große... des Reiches... viele Landw... preußen ung... zur Zeit wie... dem Osten be...

Geb

junge!... Decher mehr... wirtin lebt u... burtstag. In... hof „Zur S... Menschenalte... den schönen... ebschäftig gebl... die jungen S... sie sie kennen...

Auftrieb

es im Ne... Böglinge. E... trümmerten... stände ihrer... Spritze gegen... lingen der S... Beamten tätl... gelang es, b... knüppels mi... konnte noch n... hatten vor ei... bewachte Au... zwei aus der... kürzlich beid... vor einigen...

Neue K

Troch de... toles verfu... die Bildung... bereitchaft... leicht, die K... streuen. An... ein aus etw... gelöst. Da i... Widerstand... gegeben, wo... bei der Auf... genommen. Ede Anzeig... darunter be... Am Bio... gebet zu u... Auf hier G... Bei dem G... Embrenfrö... genommen. Im 20... Ruhe. Die... nicht aufgef...

Erbschö

Die In gan... schütterung... Grenze, un... Als Fo... der Gemein... gegangen. Infolge... eine Stred... Ein zweiter... wurden zw... wurde ver... legungen er... tonen läßt... man ihn l... kommen ver... die Rettung... ein Teil d... wird, ist z... Zwei Berg... in der d... erschlagen;... Nemt. Ar... übrigen B... reiten könn...

int ein Wiefeljahr
ber doch so großen
Von überall her
n Hühner- und
Wiefel wird nur
ubt, das außer-
Gebiß und kann
echt gefährlich und
st. Wiefel verfolgen
Eidechsen, sondern
ge Hasen.

Jahre 1929. Der
e 1929 von Ratio-
uht als 1928. Das
ellenmarktgefallung
stark abfallend
te im allgemeinen
merhin darf nicht
ist besonders in
ilindustrie. Beschäft-
nahmen bewirkten
Erteilung von Be-
Zunahme der Stel-
waren Kündigungen
und Metallindustrie,
erbe und bei ein-
Die Nachfrage nach
ungen erstreckten sich
Wiefel sind diese
tätigkeit vorgesehen.
für Buchhalter zum
und für erfahrene

em Jahre 1924 war
verbrauchs feststeh-
3 Prozent, bei Sign-
Kabal 14 Prozent.
der aufsteigenden
den Vorkriegsjahren
auf 105 Stüd. St-
Stück angeliefert,
einem nicht unerheb-
Steigerung auch die
haben.

erfrage.
mehr als 8 Grad er-
ch Frankreich sich er-
Zufutreffen von den
gen. Gleichzeitig be-
westwärts zu fließen.
Etwas kühler und

versicherung.
zialversicherung im
aus greifbarsten aus-
er soeben veröffent-
lichten wiedergegeben
1927 und 1926, alle
nen noch die Erfah-
bestehen. (Für 1926
en.)

1927	1926
7459	7356
19,96	19,15
12,71	12,22
7,25	6,94
17,08	17,26
1,96	1,87
10,94	8,83
257,84	230,84
12,9	11,6
776,09	805,88
208,30	
1680,94	1450,23
1647,24	1418,44
1579,83	1325,60
1366,17	1134,20
72,53	63,62
17,76	15,39
103,20	91,90

1927	1926
247,19	
52,21	
152,68	
182,69	
545,46	
1192,03	
95,53	
10,13	
31,80	
36,18	
174,14	

6,20	6,07
606,18	499,61
142,52	116,64
den Klagen, daß die	
uht werde durch die	
enur Verwaltung	
ung, sei noch folgen-	
rgen die Verwal-	
Aufwendungen für	
treten, 1,8 v. H., die	
3,5 v. H. der Aus-	
find in den letzten	
orden. Infolgedessen	
denen 95,4 nur 61,1	
8 Millionen Mark	
ist 24 v. H. der im	
iche Jahresausgabe	
leit gelenkt auf die	
och immer nur etwa	
ausmachen den Be-	
außerordentlich ge-	
durch Zufugbeiträge	

Aus Nah und Fern.

— Marburg, 17. Januar. (Kultusminister Decker von Studenten beschimpft.) Der Rektor und Senat der Philippsuniversität erläßt in der Oberhessischen Zeitung folgende Erklärung: Am vergangenen Dienstag hat eine kleine Gruppe von Studenten den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bei seinem Eintritt in die Universität durch beleidigende Zurufe beschimpft. Durch dieses, eines Studenten unwürdige Benehmen, ist das Ansehen unserer Hochschule, der Ruf der gesamten Marburger Studentenschaft schwer geschädigt. In der Gewissheit, daß alle unsere Kollegen und die überwältigende Mehrheit unserer Studenten diese Vorkommnisse aufs entschiedenste mißbilligen, geben wir hiermit dem Gefühl unserer tiefsten Entrüstung öffentlich Ausdruck.

— Siegenhain, 17. Jan. (Ein Hundertjähriger, der noch auf die Jagd geht.) Der frühere Gutbesitzer Simon Gerlach in dem Kreistort Michelsberg feierte gestern seinen 100. Geburtstag. Gerlach, der immer ein leidenschaftlicher Jäger war, begleitete noch vor wenigen Tagen seinen Sohn auf einem Pirschgang. Der Subilar scheint überhaupt einem gesunden Geschlecht zu entstammen, denn es leben noch zwei Geschwister, und zwar ein 98 Jahre alter Bruder in Marburg und eine 95 Jahre alte Schwester in Allendorf.

— Friedberg. (Nach Osten wollen wir reisen.) Immer größer wird die Zahl der Oberhessigen, die den Osten des Reiches besiedeln. Nachdem in den letzten Jahren schon viele Landwirte aus den Dörfern der Wetterau nach Westpreußen umgezogen sind und sich dort angesiedelt haben, sind zur Zeit wieder mehrere Familien mit der Ueberführung nach dem Osten beschäftigt.

— Godesberg, 17. Januar. („Lindenwirtin, du junge!“) Oft haben wir das Lied „Keinen Tropfen im Becher mehr“ gesungen. Die in dem Lied besungene Lindenwirtin lebt und feiert am 24. Januar sogar ihren 70. Geburtstag. In Godesberg a. Rh. steht noch heute der Gasthof „Zur Lindenwirtin“, den Altmann Schumacher ein Menschenalter lang betreut hat. Altmann, die „Wirtin mit den schönen Augen und dem schwarzen Haar“, ist unverehelicht geblieben. Ihre ganze mütterliche Liebe hat sie an die jungen Studenten verschwendet, die ihr heute noch, soweit sie sie kennen, eine dankbare Erinnerung bewahren.

— Aufrührer in einem Erziehungsheim. In der Mittagszeit kam es im Reutetiner Erziehungsheim zu einem Aufrührer der Zöglinge. Etwa 20 Burschen rotteten sich zusammen und zerstörten sämtliche Fensterstößen und Einrichtungsgegenstände ihrer Stuben. Als das Aufsichtspersonal mit einer Spritze gegen die Tobenden vorging, griffen diese unter Mithilfe der Internationale und dem Rufe: „Sei Moskau!“ die Beamten tödlich an. Erst einem größeren Aufgebot der Polizei gelang es, die Ruhe nach reichlicher Anwendung des Gummiknüppels wieder herzustellen. Ueber die Ursache des Aufrührers konnte noch nichts in Erfahrung gebracht werden. Die Zöglinge hatten vor einiger Zeit jedoch wegen angeblich schlechten Essens derartige Aufritte angeknüpft. Als Hauptbeteiligter werden zwei aus Reutetlin stammende junge Burschen genannt, die kürzlich beide zum dritten Male aus der Anstalt ausbrachen und vor einigen Tagen wieder eingeliefert wurden.

Erwerbslose als Ruhestörer.

Neue Kundgebungsversuche trotz Verbotes in Berlin. Trotz des vom Berliner Polizeipräsidenten erlassenen Verbotes versuchten Erwerbslose doch in verschiedenen Stadtteilen die Bildung von Umzügen. Der Polizei, die in höchster Alarmbereitschaft stand, gelang es jedoch überall verhältnismäßig leicht, die Kundgeber, in der Hauptsache jüngere Leute, zu zerstreuen. An der Ecke Potsdamerstraße und Ballaststraße wurde ein aus etwa 300 Mann bestehender Zug von der Polizei aufgelöst. Da die Menge den Anordnungen der Polizei zunächst Widerstand leistete, wurden einige Schreckschüsse abgegeben, worauf sie auseinanderstoben. Am Weddingplatz wurden bei der Auflösung eines Zuges zehn Zwangsgefangenen vorgenommen. Bei einer ähnlichen Aktion in Neukölln, Berliner- und Angergrabenstraße, wurden sechs Personen zwangsgeführt, darunter der kommunistische Reichstagsabgeordnete Menke.

Am Zionskirchplatz wurden zwei Polizeibeamte von Kundgebern zu Boden geworfen und ihnen die Taschen zertrümmert. Auch hier genigten Schreckschüsse, um die Menge zu zerstreuen. Bei dem Einschreiten der Polizei gegen einen Umzug in der Emdenstraße wurde der Reichstagsabgeordnete Goernle festgenommen.

Am 20. Uhr herrschte in den meisten Bezirken wieder völlige Ruhe. Die polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen sind jedoch noch nicht aufgehoben.

Erdschöße verursachen ein Grubenunglück in Oberschlesien.

Bisher vier Tote und mehrere Schwerverletzte. In ganz Oberschlesien machte sich eine starke Erschütterung bemerkbar, die auch in Königshütte, jenseits der Grenze, und weit im Westen von Reuthen bemerkt wurde. Als Folgeerscheinung sind einige Streden und Pfeiler auf der Heintz-Grube der Deutschen Giesse-Gesellschaft zu Bruch gegangen.

Anfolge des Einsturzes eines Pfeilers ging gegen 17.30 Uhr eine Strede zu Bruch, in der sich etwa 20 Vergleute befanden. Ein zweiter Pfeiler blieb stehen. Durch den eingestürzten Pfeiler wurden zwei Vergleute erschlagen. Ein dritter, ein Schlepper, wurde verschüttet. Offenbar hat er aber keine ernstlichen Verletzungen erlitten, da er seine Hilferufe mit einer Stimme ertönen läßt, die keine Schmerzen ausdrückt. Man weiß nicht, ob man ihn lebend wird bergen können, da der Zugang vollkommen verschüttet ist. Bei den räumlichen Verhältnissen können die Rettungsmannschaften nur äußerst langsam vordringen. Auch ein Teil der Strede, an der die Förderung abtransportiert wird, ist zu Bruch gegangen. Dabei wurde ein Mann erschlagen. Zwei Vergleute erlitten hier Verletzungen. In der Abteilung, in der die Betonfirma Walter arbeitet, ist gleichfalls ein Arbeiter erschlagen; ein anderer wurde durch die Betonpfeiler eingeklemmt. An seiner Bergung wird mit allen Kräften gearbeitet. Vier Tote und zwei Verletzte sind bisher festgestellt. Die übrigen Belegschaftsmitglieder haben sich ohne fremde Hilfe retten können, ihre Verletzungen sind durchweg leichter Natur.

Schiele 60 Jahre alt.

Geboren am 17. Januar 1870.

Am 17. Januar d. J. wird der Präsident des Reichslandbundes Dr. e. h. Martin Schiele 60 Jahre alt. Schiele wurde am 17. Januar 1870 in Groß-Schwarzlosen, Kreis Stendal, als Sohn eines Gut-



inspektors geboren. Er genoss zuerst kaufmännische Ausbildung und übernahm noch in sehr jungen Jahren das von seinem Vater bewirtschaftete Rittergut Neuschollehne im Kreise Rathenow. Politisch trat er außerhalb seines Heimatkreises erst 1913 hervor, als er bei einer Erziehung als konservativer Heimatlandwirt in den Reichstag gewählt wurde. Nach der Staatsumwälzung wurde er einer der Gründer der Deutsch-nationalen Volkspartei. Er war Mitglied der Nationalversammlung und wurde 1920 in den Reichstag gewählt, dessen Mitglied er seither ist. 1924 wurde er als Nachfolger Hergts Vorsitzender der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion.

1925 trat er als Innenminister in das Kabinett Luther ein, aus dem er im Oktober desselben Jahres mit den übrigen deutsch-nationalen Ministern wegen des Locarno-Vertrages wieder ausschied. Am 28. Januar 1927 übernahm er im dritten Kabinett Marx das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das er bis zum Juni 1928 inne hatte. Aus dieser Zeit stammt das landwirtschaftliche Notprogramm, das heute noch die Grundlage der Landwirtschaftspolitik des Reiches bildet. Wegen seiner Verdienste um das Notprogramm verlieh ihm die Landwirtschaftliche Hochschule Bonn-Poppelsdorf den Titel eines Doktors e. h. Nach seinem Ausscheiden aus dem Kabinett wurde Schiele zum geschäftsführenden Präsidanten des Reichslandbundes gewählt.

Spitzbubeneinfälle.

Mit einer Fahrradpeiche werden Hausbriefkästen geplündert.

Vor einem Großen Schöffengericht ist eine seltene Sache verhandelt worden. Ein Arbeiter namens Barthel, der früher im Elsaß ansässig gewesen war, war durch seine Ausweisung als Reichsdeutscher in eine schwierige Situation gekommen. Da er aber neben seinem Unglück augenscheinlich kriminell nicht unbegabt war, verlegte er sich auf verschiedene Schwindelspiele, die ihm nicht unerhebliche Vorstrafen eintrugen.

Als er wieder einmal aus dem Gefängnis herausgekommen war, fand er nach seiner eigenen Darstellung Anschluß an eine Bande, die sich in folgender Weise betätigte:

Mit einer Fahrradpeiche wurden aus Hausbriefkästen Briefe entnommen. Die so erbeutete Post wurde von Barthel auf ihre Verwendungsmöglichkeit geprüft. Und diese Verwendungsmöglichkeit muß überraschend vielseitig gewesen sein. Aus der Fülle der 21 festgestellten Fälle seien nur die folgenden erwähnt:

In einem Falle zog er auf Grund vorgefundener Rechnungen ein und „quittierte dankend“. Ein anderes Mal erhob er als „Gerichtsvollzieher“ Alimentenbeträge, wieder ein anderes Mal ließ er sich für die Ausfertigungen vorgefundener Lehrverträge „Gebühren“ zahlen. Ständige Mitteilung des Vormundschaftsgerichts wurde bei dem Empfänger in klingende Mänge umgewandelt. Der gemeinste Fall ist wohl der, bei dem er es fertig brachte, einen Betrag, den das Arbeitsgericht einem armen Dienstmädchen in einer Klagesache zugesprochen hatte, sich auszahlen zu lassen.

So originell wie seine kriminelle Betätigung war schließlich die Ueberführung des Mannes. Da es zu seinen Geschäften gehörte, gut auszusuchen, war er auf seinen Gängen stets mit einem besonders eleganten Cutaway angetan und der schwarze Rock verriet ihn schließlich, als er auf der Straße einer „Kundin“ begegnete.

Das Gericht erkannte gegen Barthel auf zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

Vor einer Katastrophe im Weinbau.

Angehörige Firmen geraten in Konkurs.

Die Lage im Weinhandel spitzt sich immer mehr zu. Wie ernst die Lage ist, das zeigt eine Reihe von Konkursen bisher angefallener Firmen, die Opfer der Zeitverhältnisse geworden sind. Die Preise sind unzureichend, der Absatz stöck und nun ist die Katastrophe da.

In der Rheinpfalz ist die Weinhandlung G. J. Grohe (Zuhaber J. Kraft-Grohe) in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Eine gütliche Einigung ließ sich nicht erreichen; hierauf wurden die Zahlungen überhaupt eingestellt. In Landau mußte die Firma M. Mayer Ww. und Sohn ihre Zahlungen einstellen.

Die Passiven sollen eine Million Reichsmark übersteigen, darunter über 90 000 Reichsmark Zollrückstände. Die Firma hat einen Vergleich auf der Basis von 55 Prozent angeboten, doch steht noch nicht fest, ob die Gläubiger hierauf eingehen werden. Besonders Weinkommisssionäre sind an den Verlusten beteiligt. In Wachenheim ist die Firma Gg. Leonhardt, Weingroßhandlung, in Konkurs geraten. Den Verbindlichkeiten von etwa 160 000 Reichsmark stehen kaum Aktiven gegenüber. Auch hier sind viele Weinkommisssionäre die Leidtragenden.

Der starke Mann.

Kampf zwischen einem Ringer und acht Polizisten.

In der Nacht kam es in Kopenhagen zu einem heftigen Kampf zwischen einem bekannten dänischen Ringer und einem größeren Polizeiaufgebot. Der Schwergewichtsringer Olsen besuchte eine Gastwirtschaft und verunglückte dort mehrere Besucher. Als er zum Verlassen des Lokals aufgefordert wurde, weigerte er sich zunächst, so daß Polizei herbeigerufen werden mußte. Olsen folgte dann den beiden erschienenen Beamten auf die Straße. Dort verfechtete er einem von ihnen ein so heftigen Schlag ins Gesicht, daß dem Beamten der Kinnbacken gebrochen wurde. Darauf flüchtete Olsen. Während der eine Beamte ihn verfolgte, alarmierte schließlich der Verletzte mehrere Kameraden. Schließlich wurde Olsen in einer Gasse gestellt. Wie ein Rasender wehrte er sich, wobei auf beiden Seiten viel Blut floss.

Endlich gelang den Beamten — acht an der Zahl —, Olsen zu überwinden und ihn, an Händen und Füßen gefesselt, nach der nächsten Wache zu bringen. Olsen wurde sofort einer „Spiritusprobe“ unterzogen, die aber negativ ausfiel, was für den Ringer um so ungünstiger sein dürfte.

Norwegen nimmt sich der Walfische an.

Die moderne Walfischfängerei hat die nördlichen Tiere der süßlichen und nördlichen Eismere mit dem Aussterben bedroht. Diese Tatsache führte endlich dazu, daß sich das norwegische Abgeordnetenhaus der gefährdeten Tiere annahm und ein Gesetz herausbrachte, das allen norwegischen Walfischfängern verbietet, bestimmte Walarten zu töten. Ebenso sind alle Walfische mit Kälbern geschützt. Ungelegliche Fänge werden konfisziert. Auch wurde verfügt, daß das Verfahren, die Mannschaften der Walfischfänger nach der Menge der gefangenen Wale zu entlohnen, aufzugeben sei.

Neueste Nachrichten.

Reichstag am 23. Januar.

Berlin, 17. Januar. Der Vorkommnisse des Reichstages wird am Samstag, den 18. Januar, vormittags 10½ Uhr, ausfallen, weil die Einberufung des Reichstages auf Donnerstag, den 23. Januar, geplant ist.

Erzieschke im Hauptausschuß des Preussischen Landtags.

Berlin, 17. Januar. Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages begann am Donnerstag die Vorbereitung des Haushalts des Preussischen Innenministeriums. Innenminister Erzieschke plante u. a., die radikale Agitation der Flügelparteien habe im Zusammenwirken mit der wirtschaftlichen Notlage auch in der letzten Zeit zu blutigen Zusammenstößen geführt. Er gebe es auf, Mahnungen an die Parteien zu richten, werde sich aber nicht scheuen, mit Verboten einzuschreiten, sobald die gesetzlichen Grundlagen für solche Maßnahmen vorlägen. Um den staatlichen Organen die notwendige gezielte Handhabung zur durchgreifenden Verhinderung von Ausschreitungen zu geben, sei die schnelle Verabschiedung des Republikchutzgesetzes im Reichstag dringend erforderlich.

Ausschreitungen.

Berlin, 17. Januar. In Neutal kam es zu Ausschreitungen. Etwa 100 Burschen begannen mit Demonstrationen. Sie wurden von der Polizei abgebrängt, fanden dann aber Versteckungen aus den umliegenden Lokalen, die sich in kaum zehn Minuten auf etwa 2 300 Personen anammelten, die Miene machten, gegen die wenigen Polizeibeamten tödlich vorzugehen. Da in dieser Gegend am 1. Mai die schweren Kämpfe getobt haben, wurden mehrere Ueberfallkommandos alarmiert, die in wenigen Minuten zur Stelle waren. Als die Beamten von den Wagen herabsprangen, gingen wie auf Verabredung an der Straßenecke die Lampen aus. Im Dunkel wurden die Beamten aus den Wohnungen mit Munitionsschüssen, Pfeifschüssen, Nachtgeschirren und anderem mehr bombardiert, wobei die Angreifer es sorgfältig vermieden, Licht zu machen, und hinter den Gardinen standen, um bei Gelegenheit weiterwerfen zu können. Die Polizei konnte in verhältnismäßig kurzer Zeit die Ruhe und Ordnung wiederherstellen.

Entdeckung einer Falschmünzbande in Wernigerode.

Wernigerode, 17. Januar. Die Nachforschungen der Polizei über den Selbstmord von Frau Emma Schulze führten zur Entdeckung einer Falschmünzbande. Frau Schulze lebte mit einem Händler Karl Heidemann zusammen. Eine Hausdurchsuchung in der Wohnung ergab, daß im Schrank des Herdes und in den Blumentöpfen mannigfache Geräte für Falschmünzen, Rohmaterialien usw. versteckt waren. Heidemann sowie ein Genosse namens Rabijsch wurden verhaftet.

Im Banne des Alkohols.

Schwerin, 17. Januar. Dem Schweriner Justizgefängnis wurden vier Melder aus Alt-Meteln und Dalgenhof zugeführt, die in den Dörfern Widendorf und Rugensee bei Schwerin schwere Untaten verübt hatten. Sie waren in eine Gastwirtschaft in Widendorf eingedrungen, wo ein Tanzvergnügen stattfand. Dort verprügelten sie einen Mann, der das Stahlhelmschild trug. Die Gäste wurden mit Stühlen, Stöcken und Biergläsern verprügelt, bis alle die Flucht ergriffen hatten. Der Besitzer eines Ausflugslokales wurde gefragt, ob er Reichsbannerangehöriger sei. Als dieser die Frage verneinte, fielen die Melder über ihn her und mißhandelten ihn schwer. Gegen Mitternacht kamen die drei Täter im Auto im Dorf Rugensee an, wo sich der Melder Haehlen zu ihnen gesellte. Dort drangen sie in einen Tanzsaal ein und riefen sofort Streit hervor. Der Melder Haehlen drang mit dem Messer auf einen jungen Mann ein und steck ihm das Messer unterhalb des Kehlkopfes in den Hals. Die Brant des Verletzten erhielt einen Stoß an den Kopf. Einem anderen Gast wurde ein Messerstich in die Brust versetzt. Auch hier ruhten die vier Melder nicht eher, bis sämtliche Gäste das Lokal durch die Fenster verlassen hatten. Eine eingehende Untersuchung der Angelegenheit ist eingeleitet worden.

Eine Mutter mit ihren beiden Kindern in den Tod gegangen.

Edernförde, 17. Januar. In Suhrensdorf, Kreis Edernförde, wurde die Witwe Gundersen mit ihren beiden Kindern in der Wohnung tot aufgefunden. Nach den bisherigen Feststellungen ist der Tod nach dem Genuß vergifteten Kaffees eingetreten. Man nimmt an, daß die Frau, die vor Jahresfrist ihren Mann verloren hatte, freiwillig mit ihren Kindern aus dem Leben geschieden ist. Die beiden Kinder waren drei und fünf Jahre alt.

Danksagung.

Für die mir aus Anlaß der Vollendung meines 90. Lebensjahres in überwältigender Weise erwiesene Liebe danke ich allen Beteiligten aus vollem Herzen.

Banfe, den 17. Januar 1930.

Frau Luise Blecher.

Danksagung.

Für die uns zu unserer Silberhochzeit und Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.

Friedrich Weber und Frau Luise Weber
Richard Benfer.

Bermershausen, im Januar 1930.

Sungdeutscher Orden.

Samstag den 18. Januar 1930, abends 8 1/2 Uhr,
Hotel Pott

Lichtbildervortrag:
„Der schmelzende Brand“
(Das Unrecht des polnischen Korridors.)

Vortrag:
Die volksnationale Reichsvereinigung.

Es laden ein
Bruderschaft Erndtebrück. Schwesternschaft Erndtebrück.

Stadtverordnetenversammlung

am Montag, den 20. Januar 1930, nachm. 7 1/2 Uhr im städtischen Sitzungssaale hiersebst.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über die Mandatsniederlegung seitens des Stadtverordneten Otto Meh.
2. Aussprache betr. die Gemeindevahlen und Stellungnahme zu den Artikeln in der Wittgensteiner Zeitung.

Laasphe, den 15. Januar 1930.

Der Stadtverordnetenvorsteher:
Saßmannshausen.

Wie des Lebens Würfel fielen....

Von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

Als er nachher beim Essen die Hoffnung auf ein Wiedersehen aussprach, nickte sie ihm mit einem verträumten Lächeln Gewährung zu.

Daß er nicht ansässig in München, sondern nur auf der Durchreise war, hatte sie aus der Unterhaltung erfahren. Er hatte die Absicht gehabt, morgen weiter zu fahren —

„morgen?“ wiederholte sie fragend, und eine schwere Enttäuschung froh in ihr auf — und an dieser Enttäuschung merkte sie, wie teuer ihr der Mann da geworden!

„Ja, morgen, gnädiges Fräulein, wenn Sie mir nicht die bestimmte Versicherung geben, daß ich Sie wiedersehen darf!“ Er neigte sich gegen sie — „darf ich darauf hoffen?“

Befangen nickte sie. Rasch griff er nach ihrer Hand und brückte einen Kuß darauf. „Dank, heißen Dank!“ Sie vermied seinen Blick, indem sie ihr Glas hob und es gegen die Tischlampe hielt, so daß der rote Wein darin in feurigem Purpur aufglühte. „Könnten wir nicht morgen in aller Frühe schon nach Tegernsee oder Tölz?“ fragte er schnell.

Sie schüttelte lächelnd den Kopf.

„Morgen vormittag habe ich Stund.“

„Wenn Gnädigste die nun einmal schwänzten? Schulschwänzchen, war für uns Buben in der Schulzeit das köstlichste der Gefühle!“ — Bitte, gnädiges Fräulein, es wäre so schön bei diesem herrlichen Wetter —

Sie überlegte — gar verlockend war sein Vorschlag — aber sie konnte und wollte auch nicht darauf eingehen!

„die Pflicht geht einem Vergnügen vor —“

„nur dieses eine Mal —“ bettelte er.

„Mein Lehrer ist sehr streng! Ich darf nicht. Wenn man es im Leben zu etwas bringen will, muß man auch ernsthaft arbeiten! Denn ich betreibe mein Musikstudium durchaus nicht als Spielerei oder zum Ausfüllen müßiger Stunden! Schon meiner Angehörigen wegen nicht, denen zum Trost ich mich durchsetzen will! Und leicht wird einem Jünger der Kunst der Weg zum Ruhm und Erfolg nicht gemacht —“

F. C. Laasphe

Heute abend
Spielausschuß- u. Spielerziehung.

1. Mannschaft fährt nach Wetter.
2. Mannschaft fährt nach Eßbe.

Erscheinen beider Mannschaften ist Pflicht.

Der Vorstand.

Was ist nächste Woche los???? sch wach

Freude am Bild
Freude am Wort

Westermanns Monatshefte

Jedes Heft nur zwei Mark

Westermanns Monatshefte sind in ihrem Inhalt, ihrer Vielseitigkeit und Farbendruckhaftigkeit die schönsten und mit dem besten Preis von 2 Mark die billigsten Zeitschriften dieser Art.

Probeheft kostenlos

Wir senden Ihnen ein Heft dieser schönen Zeitschrift kostenlos, gegen Einsendung dieser Anzeige und 30 Pf. in Marken für Porto & als Sonderbeilage „Westermanns Monatshefte, Atlas-Karten“ ohne Erhöhung des Bezugspreises.

Verlag von „Westermanns Monatsheften“, Braunschweig

Kath. Gottesdienst in Laasphe.

Sonntag den 19. 1. 1930, vorm. 11 Uhr.

Bekanntmachung.

Der Zimmermann Friedrich Boucsein, Banfe, hat bei dem Herrn Vorsitzenden des Kreisausschusses Verlebung die Erteilung der Anschließungsgenehmigung für ein Einfamilienhaus für das Grundstück Laasphe Flur 18 Nr. 39 gestellt.

Dieses Vorhaben wird gemäß § 16 des Anschließungs-gesetzes vom 25. 8. 1876 (Ges.-Samml. S. 405), 10. 8. 1904 (Ges.-Samml. S. 227) mit dem Bemerkten bekanntgemacht, daß gegen den Antrag von den Eigentümern, Nutzungs-Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlussfrist von 21 Tagen bei der Genehmigungsbehörde — Kreisausschuß in Verlebung — Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch sich durch Tatsachen der in § 15 des Anschließungsgesetzes bezeichneten Art begründen läßt.

Laasphe, den 16. Januar 1930.

Der Magistrat. Pränger.

Lichtspiele Westfälischer Hof, Laasphe

Der Film, der Millionen in Aufregung versetzt hat,

am Sonntag, 19. Januar, nachm. 4.15 Uhr abds. 8.30 Uhr



Revolutions-Hochzeit,
erschütternde Menschenschicksale.

Revolutions-Hochzeit,
der großen Liebe Kampf und Sieg.

Revolutions-Hochzeit,
ein Meisterwerk deutscher Filmkunst.

Der Harz
Aus der Reihe der beliebten Kultur- und Naturfilme werden herrliche Bilder aus dem gebirgigen Herzen Deutschlands gezeigt.

Dazu das lustige Beiprogramm!

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Samstag, den 18. Jan. 6.30 Wetterbericht und Zeitangabe. — 7.00 (1.15) Morgengymnastik. — 11.15—11.45 Schulfunk. — 13.15 (1.15) Werbefunk (Schallplatten). — 13.30—14.30 (1.30—2.30) Schallplattenkonzert: Franz Lehár als Interpret seiner Werke. — 15.15—15.45 (3.15—3.45) Stunde der Jugend. — 16—17.45 (4.45) Aus dem Rumpelkammer, Frankfurt a. M. (Nach Stuttgart) Konzert der Kapelle Berndt Buchbinder. — 18.00 (6.00) Vorbericht zum VII. Montagskonzert: Kapellmeister Hans Rosbaud. — 18.15 (6.15) Preislos. — 18.35 (6.35) Nach Stuttgart: Stunde des Arbeiters: „Mensch und Maschine“, II. Vortrag von Dr. de Man. — 19.05 (7.05) Nach Stuttgart: Spanischer Unterricht, erteilt von Carl Strubberg. — 19.30 (7.30) Nach Stuttgart: Klavierkonzert. — 20.00 (8.00) Nach Stuttgart: Ich tanze um die Welt mit dir. — 20.30 (8.30) Den Kessel (Nach Stuttgart): Salans Maske. — 21.00—22.00 (9—10.30) Winterabend. — 22.30 (10.30) Nach Stuttgart: Nachrichten. — 22.50—0.30 (10.50—12.30) Tanzmusik.

„Ist Ihnen dies nun wirklich das Ziel, aufs innigste zu wünschen?“

„Ja, denn in der Alltätigkeit würde ich vertümmeln! Vor dem Alltagsleben graut mir — es ist so öde, so stimmungsmordend — und wenn es mir in der bequemsten, sorglosen, angenehmen Form geboten würde! Ein Krebels und Prideln vor Ungeduld habe ich oft in mir gespürt, wenn ich in dem saften Behagen der lieben Spieler mitleben mußte! Man braucht deshalb noch lange kein Bohemien zu sein — dagegen habe ich Abneigung — vielleicht eine noch stärkere als gegen die Spieler — das Ordnungsgefühl ist mir fest im Blut — von meiner im guten Sinne bürgerlichen Erziehung her! Und weil meine Eltern das wissen, darum haben auch nur sie mir die Studienzeit in München bewilligt, was sie sonst nie getan hätten —“

„und wo sind Gnädigste zu Hause, wenn ich fragen darf?“

„Im Rhein- und Urgebiet —“ entgegnete sie leicht ausweichend, „im Schatten der Industrie bin ich aufgewachsen! Mein Vater und beinahe sämtliche Verwandte — alle sind Industrielle und nur industriell veranlagt — lediglich ich bin so gänzlich aus der Art geschlagen — zum Entsetzen aller! — Wenn meine Tante Agnes zum Beispiel mich hier so sitzen sähe, sie würde außer sich sein — wohl auch nicht ganz mit Unrecht —“ sie lächelte ihr bezauberndes Lächeln.

„Am Ende würde sie denken, Sie seien unter die Räuber gekommen!“ bemerkte er scherzend.

Sie lachte.

„vielleicht aber bin ich in eine solche Lage geraten, gnädiges Fräulein —“ sagte er mit Betonung des „ich.“

Fragend, ein wenig verständnislos, sah sie ihn an.

Er nickte — ja, denn Sie, meine Gnädigste, haben mir meine Ruhe geraubt —“

Sie senkte verlegen den Kopf; es war das erste Mal, daß er in dieser Weise zu ihr sprach. Bisher hatte sich die Unterhaltung in allgemeinen Bahnen bewegt — und nur der dunkle werbende Blick seiner Augen, ein leise schwingender Unterton in seiner Stimme hatten mehr gesagt, als in seinen Worten gelegen.

„geraubtes Gut kann man sich ja leicht wieder holen!“ scherzte sie befangen.

„und den Räuber bestrafen —! Wenn ich das dürfte!“

„Das Gesetz erlaubt — ja, gebietet es —“

„und verhängt je nach der Schwere des Vergehens die Strafe —“

„Glücklicherweise ist dieses Vergehen ja nur leicht, und die Strafe würde demnach gelinde ausfallen —“

„Der Anstich bin ich doch nicht! Ein solches Vergehen kann nicht streng genug geahndet werden!“ würde Lebenslängliche Haft und zwar unter meiner ständigen Aufsicht beantragen!“

Sie wurde dunkelrot, da der Sinn seiner Worte so ungewisselhaft deutlich war. Das sagte er ihr, der ihm ganz Fremden?

Die Romantik dieses Beisammenseins berauschte sie förmlich. Ah, das war doch einmal ganz etwas anderes als dieses Korrekte, Abgemessene, das sie vom Elternhause her gewöhnt war!

Da war das Wunderbare, wonach sie sich gesehnt, zu ihr gekommen, und ihr ganzes Herz flog dem Manne ihr gegenüber zu, von dem sie weiter nichts wußte, als daß er liebte — und daß sie ihn liebte! Mit elementarer Gewalt war dieses Gefühl über sie gekommen — klar und deutlich empfand sie: dieser Mann ist dein Schicksal — ihm kannst du nicht entkommen.

Ihr junges Blut wurde unruhig; längst hatte sie die ihr sonst eigene kühle, überlegene Siderheit verloren; unsicher wie ein Schülernadel war sie in seiner Nähe geworden, obwohl sie sich gut zu beherrschen verstand.

„diese ihre ständige Beaufsichtigung wäre demnach als Beaufsichtigung der Strafe aufzufassen?“ fragte sie mit leiser bebender Stimme.

Mit zärtlichem Blick sah er sie an.

„Eigentlich ja! Doch ich würde ein sehr nachsichtiger Aufsichtsbefehl sein — die Angeklagte könnte darüber ganz beruhigt sein!“

Begeistert sah sie nach ihrer Uhr — „oh, es ist schon so spät! Und wir haben ganz vergessen, daß der Weg nach der Stadt weit ist!“ — sagte sie hastig, sich der schwülen Stimmung erwehrend, die durch die Unterhaltung aufgetrieben.

„Dann wird sich ja hoffentlich noch ein Wagen finden, der uns nach der Stadt fährt —“

Sie widersprach — „die Trambahn fährt doch auch noch.“

Energisch wehrte er ab.

(Fortf. folgt.)